

Manuel Becker

Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“

Konzeptionen und Kontroversen

Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“

Manuel Becker

Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“

Konzeptionen und Kontroversen

Manuel Becker
Bonn, Deutschland

Dissertation Universität Bonn, 2013

ISBN 978-3-658-03232-6

ISBN 978-3-658-03233-3 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-03233-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Danksagung

Die vorliegende Monografie stellt die geringfügig gekürzte Fassung meiner Dissertationsschrift dar, die ich im Dezember 2012 der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn unter dem Titel „Geschichtspolitik in der ‚Berliner Republik‘. Eine theoretische Analyse der Geschichte als Element des politischen Handelns und eine Analyse ausgewählter geschichtspolitischer Kontroversen“ vorgelegt habe. Zum Abschluss meines Promotionsverfahrens ist es mir nicht nur ein Bedürfnis, sondern auch eine große Freude, denjenigen Menschen zu danken, die mich in den vergangenen drei Jahren bei meinem Dissertationsvorhaben begleitet haben.

An erster Stelle ist mein Betreuer Prof. Dr. Volker Kronenberg zu nennen, der mich schon während meines Studiums intensiv gefördert hat und mit dem mich seit Jahren ein vertrauensvolles Arbeitsverhältnis über die verschiedenen Stufen der akademischen Laufbahn von der Studentischen Hilfskraft zum Wissenschaftlichen Mitarbeiter verbindet. Er war mir stets ein wertvoller Ansprechpartner, dessen Hinweise sehr zum Gelingen meines Projekts beigetragen haben. Ein gutes Verhältnis zum Doktorvater ist die essentielle Vorbedingung für das Gelingen eines jeden Dissertationsprojekts. Insofern durfte ich mich außerordentlich glücklich schätzen, dass mein Doktorvater immer rückhaltslos hinter mir und meinem Projekt gestanden hat. Meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Joachim Scholtyseck gebührt ebenfalls großer Dank. Auch für ihn habe ich im Zusammenhang mit dem Drittmittelprojekt zur Erforschung der Geschichte der Familie Quandt sowie bei der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V. sehr gerne zusammengearbeitet. Prof. Dr. Wolfram Hilz und Prof. Dr. Frank Decker weiß ich mich für die Organisation des Prüfungsverfahrens und für die Beteiligung an der Prüfungskommission zu Dank verpflichtet. Während meiner Recherchen waren die Mitarbeiter des Teams vom Lesesaal und von der Leihstelle der Universitäts- und Landesbibliothek der Universität Bonn (ULB) stets ebenso hilfsbereite wie hilfreiche Ansprechpartner. Dank schulde ich weiterhin Frau Anke Piel vom Promotionsbüro der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn sowie Frau Sabine Schöller und Frau Dorothee Koch von Springer VS für die hervorragende redaktionelle Betreuung des Publikationsprozesses. Herr stud. phil. Stefan Müller hat mir dankenswerterweise mit unermüdlichem Arbeitseifer und großem technischen Know-how sehr bei der layouttechnischen Aufbereitung meines Manuskripts für die Drucklegung geholfen.

Meinen Kollegen und Freunden Sandra Fischer M.A., Stephan Masseling M.A., Dr. Christoph Studt, Anne Velder M.A., Christoph Weckenbrock M.A., Natascha Zaun, M.A. und vor allem Volker Best, M.A. danke ich für die Durchsicht des Manuskripts und für kritische Anmerkungen und Korrekturen meiner Arbeit. Den Mitgliedern des Arbeitskreises „Politik und Geschichte“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) danke ich für wertvolle inhaltliche Anregungen, von denen mein Dissertationsprojekt sehr profitiert hat.

Schlussendlich ist es mir eine ganz besondere Freude, meiner Familie für die Unterstützung und Ermunterung während meines gesamten Studiums und insbesondere während der Promotionsphase von Herzen zu danken. Meine Mutter Rita Becker und meine Schwester Kristina Becker haben ebenfalls Teile des Manuskripts durchgesehen und mir den einen oder anderen Lapsus ausgebessert. Alle noch übrig gebliebenen Unzulänglichkeiten gehen natürlich allein auf mein Konto. Meine Frau Stephanie Becker geb. Bongartz, die ich während der Dissertationsphase heiraten durfte, war mir in den vergangenen Jahren eine treue und liebevolle Begleiterin, ohne deren Unterstützung auf allen Ebenen ich das Projekt Doktorarbeit nicht in dem Maße hätte vorantreiben können, wie es mir möglich war. Mir ist in den letzten Jahren immer mehr bewusst geworden, wie wichtig ein intaktes familiäres Umfeld für den eigenen Lebensweg ist. Ich befinde mich in der nicht gering zu schätzenden und schon gar nicht selbstverständlichen, glücklichen Situation, vorbehaltlosen familiären Rückhalt zu genießen. Aus diesem Grund ist das vorliegende Buch meiner Frau Stephanie und meinen Eltern Jürgen und Rita in Liebe und Dankbarkeit zugeeignet.

Bonn, im Sommer 2013

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Abbildungsverzeichnis	12
1. Einleitung	15
1.1 Thematische Einführung und Problematisierung der Schlüsselbegriffe	15
1.2 Problemstellung und Untersuchungsgegenstand	35
1.3 Überblick über den Forschungsstand	39
1.4 Aufbau und Vorgehensweise	46
2. Theoretische Grundlegung der Geschichte als Element des politischen Handelns	51
2.1 Die politikwissenschaftliche Relevanz geschichtspolitischer Zusammenhänge	51
2.1.1 Die zeitlose Kontinuität strategischer Vergangenheitsbezüge	51
2.1.2 Die Konjunktur der Themen Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte in den vergangenen Dekaden	60
2.2 Basale Bezugsgrößen	66
2.2.1 Geschichte.....	67
2.2.2 Erinnern und Vergessen	69
2.2.3 Individuelles und kollektives Gedächtnis.....	74
2.2.4 Zwischenfazit.....	78
2.3 Gesellschaftliche Bezugsgrößen	79
2.3.1 Geschichtsbewusstsein.....	80
2.3.2 Geschichts- und Erinnerungskultur.....	84
2.3.3 Geschichtsbilder und Erinnerungsorte	89
2.3.4 Zwischenfazit.....	93
2.4 Politisch-kulturelle Topoi der „Bonner Republik“	96
2.4.1 Vergangenheitsbewältigung.....	96
2.4.2 Geschichtsaufarbeitung.....	101

2.4.3 Zwischenfazit.....	104
2.5 Der Zusammenhang zwischen politischer Kultur und Geschichtspolitik	105
2.5.1 Verschiedene Ansätze der politischen Kulturforschung	105
2.5.2 Die geschichtspolitische Bedeutung der politischen Kulturforschung ..	110
2.5.3 Zwischenfazit.....	113
2.6 Die Konzeptualisierung der Geschichtspolitik.....	114
2.6.1 Begriffsgeschichte der Geschichtspolitik	114
2.6.2 Begriffskonzeptionen	123
2.6.2.1 Normativ-kritische Ansätze	124
2.6.2.2 Wissenschaftlich-objektive Ansätze.....	129
2.6.2.2.1 Geschichtswissenschaftliche Ansätze.....	129
2.6.2.2.2 Politikwissenschaftliche Ansätze.....	136
2.6.2.2.3 Sozialwissenschaftliche Ansätze	147
2.6.2.3 Zwischenfazit	157
2.6.3 Geschichtspolitische Felder	158
2.6.3.1 „Geschichte als Argument“	159
2.6.3.2 Vergangenheitspolitik.....	172
2.6.3.2.1 Vergangenheitspolitik im Allgemeinen	172
2.6.3.2.2 Vergangenheitspolitik in der Transformationsforschung.....	176
2.6.3.3 Erinnerungspolitik	183
2.7 Fazit.....	191
3. „Geschichte als Argument“: Die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei (1999-2005).....	203
3.1 Operationalisierung.....	203
3.2 Skizze des Problemgegenstandes.....	206
3.2.1 Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und Europa	206
3.2.2 Konturen der Debatte um den Beitritt der Türkei zur EU	213
3.3 Die historischen Argumente in der Türkeiidebatte	217
3.3.1 Das Argument der historisch-moralischen Verantwortung	217
3.3.1.1 Eine über 40 Jahre andauernde Beitrittsperspektive	218
3.3.1.2 Die Kontinuität deutscher Europapolitik	224
3.3.1.3 Eine „europäische Türkei“ seit dem 19. Jahrhundert	227
3.3.2 Das Argument der historisch-kulturellen Herkunft Europas	232

3.3.2.1 Die Interventionen zweier prominenter Historiker	232
3.3.2.2 Historisch-kulturelle Einlassungen der Beitrittsgegner.....	240
3.3.2.3 Strategien der Beitrittsbefürworter zur Dekonstruktion der historisch-kulturellen Argumentationslinie.....	244
3.3.2.4 Ausgewogene Mittelpositionen	254
3.3.3 Das Argument der Rolle der Geschichtsaufarbeitung in der Türkei	263
3.3.4 Argumentationsstrategien der historischen Überhöhung.....	269
3.3.5 Argumentationsstrategien der historischen Analogisierung.....	278
3.3.6 Argumentieren mit Autoritäten	284
3.4 Zwischenfazit.....	288
3.4.1 Die Historiker als Debattenteilnehmer.....	289
3.4.2 Die Geschichte als Diskurselement	292
3.4.3 Die Bedeutung der Printmedien.....	297
4. Vergangenheitspolitik: Die Kontroversen um die Stasi-Unterlagen- Behörde (1990-2012)	305
4.1 Operationalisierung.....	305
4.2 Die Entstehung und Etablierung der Behörde.....	306
4.2.1 Die Phase der Revolution: Vom Mauerfall zum Einheitsvertrag.....	306
4.2.2 Die Phase des Rechtsstaats: Das Aushandeln des Stasi- Unterlagengesetzes	312
4.2.3 Vernichtung oder Offenlegung der MfS-Akten? Die Kontroverse um die „richtige“ Vergangenheitspolitik.....	318
4.2.3.1 Die Kontroverse in der Entstehungsphase der Behörde	318
4.2.3.2 Die Kontroverse in der Etablierungsphase der Behörde	322
4.2.3.3 Die verführerische Attraktivität der Schlussstrich-Argumentation.....	327
4.2.4 Die spezifische Konstruktion einer forschenden Behörde in der Kritik	328
4.2.4.1 Die Bedeutung der Stasi-Unterlagen als zeitgeschichtliche Quelle.....	329
4.2.4.2 Konflikte um die Sonderstellung der BStU in der Forschung.....	332
4.3 Die Behörde unter stärker werdendem Legitimationsdruck	336
4.3.1 Die Kohl-Urteile	337
4.3.2 Die Kontroversen um die „Rosenholz“-Karteien	343
4.3.3 Der Streit um die Entlassung früherer MfS-Mitarbeiter.....	353
4.3.4 Die siebte Novellierung des StUG	361
4.3.5 Die „Schießbefehl-Affäre“	363
4.3.6 Der Wirbel um die IM-Tätigkeit von Karl-Heinz-Kurras	366

4.3.7 Die Debatte um die Zukunft der Behörde	368
4.4 Zwischenfazit.....	381
4.4.1 Eine fruchtbare Symbiose von Recht und Revolution	382
4.4.2 Die BStU als „Demokratieexport“	386
4.4.3 Die Behördenleiter Joachim Gauck, Marianne Birthler und Roland Jahn	389
4.4.4 Fundamentale und partielle Kritik an der BStU.....	392
4.4.5 Die BStU: Mehr als nur ein vergangenheitspolitisches Instrument	396
5. Erinnerungspolitik: Die Diskussionen um ein Zentrum gegen Vertreibungen (1998-2005)	399
5.1 Operationalisierung.....	399
5.2 Die verschiedenen Ebenen des erinnerungspolitischen Streits	402
5.2.1 Die Ebene der Erinnerungskultur.....	402
5.2.1.1 Flucht und Vertreibung im Geschichtsbewusstsein der Deutschen... 402	
5.2.1.2 Der neue deutsche Opferdiskurs in der Kritik.....	410
5.2.2 Die Ebene der Institutionen und Akteure	420
5.2.2.1 Der Bund der Vertriebenen und die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen	420
5.2.2.2 Erika Steinbach und Peter Glotz.....	431
5.2.3 Die Ebene der Reaktionen aus Osteuropa	437
5.2.3.1 Polnische Reaktionen auf die Zentrumsidee	437
5.2.3.2 Tschechische Reaktionen auf die Zentrumsidee	444
5.2.4 Die Ebene von Standort und Ausrichtung	449
5.2.4.1 Erinnerungspolitische Initiativen zu Standort und Ausrichtung.....	449
5.2.4.2 Standort und Ausrichtung im erinnerungspolitischen Diskurs	461
5.2.5 Die Ebene der Musealisierung	467
5.2.5.1 Konzeptionelle Vorschläge	467
5.2.5.2 Die Bonner Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“	471
5.2.5.3 Die BdV-Ausstellung „Erzwungene Wege“	479
5.3 Zwischenfazit.....	483
6. Schlussbetrachtung:	
10 Thesen zur Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“	493
Quellen- und Literaturverzeichnis	523

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
Astak	Antistalinistische Aktion
BdV	Bund der Vertriebenen
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMI	Bundesministerium des Inneren
BKM	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
GVK	Verbundkatalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds
GWZO	Geisteswissenschaftlichen Zentrums für Geschichte und Kultur Osteuropas in Leipzig
HV A des MfS	Hauptverwaltung Aufklärung, Auslandsnachrichtendienst
IfZ	Institut für Zeitgeschichte in München
IM	Inoffizieller oder Informeller Mitarbeiter des MfS
IMAS	IMAS International. Institut für Markt- und Sozialanalysen Gesellschaft m. b. H., Linz (Österreich)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OibE	Offiziere im besonderen Einsatz der Staatssicherheit
PO	liberale Bürgerplattform, polnische Partei
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIRA	System, Information, Recherche der Aufklärung
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	tageszeitung
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ZEI	Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn
ZfT	Zentrum für Türkeistudien, Essen
ZgV	Zentrum gegen Vertreibungen
ZvD	Zentralverband deutscher Vertriebener
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Fortgeführte Verteilungsanalyse nach Vorgaben von Harald Schmid	31
Abbildung 2: Zusammenhangsschema der basalen Bezugsgrößen	79
Abbildung 3: Die kategoriale Entfaltung der Geschichtskultur nach Jörn Rüsen ..	88
Abbildung 4: Die gesellschaftlichen Bezugsgrößen in Diktatur und Demokratie ..	95
Abbildung 5: Theoretische Grundlegung der Geschichtspolitik I	196
Abbildung 6: Theoretische Grundlegung der Geschichtspolitik II: Begriffsraster	198
Abbildung 7: Theoretische Grundlegung der Geschichtspolitik III: Geschichtspolitische Felder.....	201

„Geschichte ist die Lüge, auf die man sich geeinigt hat.“
(Voltaire)

„Das höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten,
daß es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen und abzuwarten,
was sich daraus ergibt.“
(Hannah Arendt)

„Ich hoffe immer noch, daß gestern besser wird.“
(Charlie Brown)

1. Einleitung

1.1 Thematische Einführung und Problematisierung der Schlüsselbegriffe

„Geschichtspolitik“ in der „Berliner Republik“ – bereits die beiden titelgebenden Schlüsselbegriffe der vorliegenden Untersuchung sind, wenn nicht ausgesprochen kontrovers, so doch zumindest erklärungs- und präzisierungsbedürftig. In der deutschen Geschichte gibt es eine gewisse Tradition, die demokratischen Phasen nach einer für sie besonders relevanten Stadt zu benennen. Die fragile demokratische Phase zwischen dem Kaiserreich und dem Nationalsozialismus zwischen 1918 und 1933 wurde nach Weimar benannt – nach jenem Ort, an dem die Nationalversammlung seinerzeit die Verfassung ausgearbeitet hatte.¹ Der Begriff „Bonner Republik“ stammt aus der Mitte der 1950er Jahre und ist wirkmächtig durch den prominenten Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann „Bonn ist nicht Weimar“² in den intellektuellen Diskurs der Bundesrepublik eingegangen. Interessanterweise wurde der Begriff im zweigeteilten Deutschland von der Bundesrepublik aus Gründen, die die Offenhaltung der deutschen Frage betrafen, nicht verwendet. Stattdessen nutzte ihn die DDR als Propagandabegriff gegen den ungeliebten, westdeutschen Konkurrenzstaat.³ Nachdem diese konfrontative Grundkonstellation seit der Wiedervereinigung aufgelöst war, scheint der Begriff „Bonner Republik“ jedoch zu einer ebenso beliebten wie akzeptierten Kategorie im politisch-kulturellen Diskurs avanciert zu sein.⁴ Was mit „Bonner Republik“ als facettenreiche Chiffre konkret gemeint ist, lässt sich auf drei Ebenen aufschlüsseln:

¹ Dies war bereits zeitgenössisch stark umstritten. Vgl. Sebastian Ullrich: Mehr als Schall und Rauch. Der Streit um den Namen der ersten deutschen Demokratie 1918-1949, in: Moritz Füllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt a. M. 2005, S. 187-207.

² Fritz René Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.

³ Vgl. Axel Schildt: Abschied vom Westen? Zur Debatte um die Historisierung der „Bonner Republik“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10 (2000), S. 1207-1218, S. 1208.

⁴ Vgl. statt vieler Marion Dönhoff et al. (Hrsg.): ZEIT-Geschichte der Bonner Republik 1949-1999, Reinbek bei Hamburg 1999. – Vgl. auch Karl Dietrich Bracher: Rückblick auf Bonn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33 (1999), S. 3-8.

(1) Innen- und gesellschaftspolitisch steht der Begriff „Bonner Republik“ für eine rückblickend betrachtet beachtliche demokratische Stabilität, die auf zwei wesentlichen Pfeilern ruhte: ökonomische Prosperität und parteipolitische Kontinuität. Beginnend mit Ludwig Erhards Wirtschaftsreformen setzte eine Periode eines bis dato ungekannten Wohlstands für breite Bevölkerungsschichten ein.⁵ Erst die Ölkrisen der 1970er Jahre trafen die Konjunktur empfindlich, vermochten das Wohlstandsniveau aber nicht nachhaltig zu beeinträchtigen. Gleichzeitig zeichnete sich das deutsche Parteiensystem als Fundament der westdeutschen Demokratie durch eine bemerkenswerte Kontinuität in Anzahl und Zuschnitt der parteipolitischen Akteure aus. Die geringe Fragmentierung wurde von einer überschaubaren Symmetrie im klassischen Gegensatz zweier großer Volksparteien flankiert, die in der Regel die Regierungsbildung nach dem Muster einer „kleinen Koalition“ ermöglichte. Weiterhin ist ein im westeuropäischen Vergleich auffälliges Fernbleiben extremistischer Vertreter auf Bundesebene zu konstatieren.⁶ Diese Faktoren lagen in ihrer Summe der großen parlamentarischen und elektoralen Beständigkeit des Parteiensystems in der „Bonner Republik“ zu Grunde. Ulrich von Alemann hat daher bereits zu Beginn der 1980er Jahre angeregt, analog zum „Wirtschaftswunder“ auch von einem deutschen „Parteienwunder“⁷ zu sprechen. Aus beiden Quellen speiste sich die innenpolitische Stabilität der alten Bundesrepublik.

(2) In außenpolitischer Hinsicht akzentuiert die Chiffre „Bonner Republik“ bewusst verschiedene Charakteristika der neuen Hauptstadt nach dem Zweiten Weltkrieg: Die kleinstädtische Prägung der Stadt am Rhein symbolisierte auf ihre eigene Art die Absage an jegliche Form von neu aufkeimenden Allmachtsfantasien. Die offen demonstrierte Bescheidenheit wurde zum Programm des neuen Deutschlands nach dem Krieg erhoben. Der Baustil der Bonner Regierungsbauten und der deutschen Botschaften im Ausland legt bis heute ein beredtes Zeugnis davon ab. Prägend für die „Bonner Republik“ war eine äußerst defensive Auffassung der Kategorie „Macht“.⁸ Ein Verzicht auf nationale Alleingänge und ein

⁵ Vgl. im Kontext Werner Abelshausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis in die Gegenwart, 2. vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2011.

⁶ Vgl. zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems Eckhard Jesse: Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Oscar W. Gabriel et al. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, 2. Aufl., Opladen 2002, S. 59-83. – Oskar Niedermayer: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 114-135. – Ulrich von Alemann: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 4., vollst. überarb. und aktualis. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 50-77.

⁷ Vgl. Ulrich von Alemann: Parteiendemokratie und Willensbildung der Bürger, in: Landeszentrale für Politische Bildung NRW (Hrsg.): Ziele für die Zukunft. Entscheidungen für morgen, Köln 1982, S. 137-152, S. 137-141.

⁸ Hans-Peter Schwarz brachte diesen fundamentalen Wandel zum Machtmissbrauch unter Hitler auf die viel zitierte, prägnante, aber etwas überzeichnende Formulierung „von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“. Vgl. Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

uneingeschränkter Multilateralismus gehörten seit ihren Kindertagen zur Staatsraison. Es stand der bis 1990 unter alliierten Vorbehaltsrechten stehenden Bundesrepublik⁹ auf internationalem Terrain gut an, nicht allzu sehr auf dem eigenen Machtanspruch zu beharren, sondern ihre Interessen immer im Verbund mit anderen Staaten und vor allem auf europäischer Ebene durchzusetzen. Die deutsche Außenpolitik war in erster Linie ökonomisch imprägniert. Deutschland beteiligte sich an der Bewältigung internationaler Krisen vor allem mit Geld. Für diese Form der Außenpolitik hatte sich schon zeitgenössisch das Wort „Scheckbuch-Diplomatie“¹⁰ eingebürgert.

(3) Die „Bonner Republik“ definierte sich drittens maßgeblich vor dem Hintergrund ihrer Geschichte, und zwar in erster Linie in Bezug auf die „totalitäre Erfahrung“¹¹. Waren die 1950er Jahre noch primär dem Wiederaufbau des zerstörten Landes gewidmet, so arbeitete sich die Bundesrepublik in Intellektuellen- und Akademikerkreisen bereits seit der „Fischer-Kontroverse“¹² im Jahre 1961 und gesamtgesellschaftlich darauf folgend seit der Mitte der 1960er Jahre dauerhaft an der nationalsozialistischen Vergangenheit ab.¹³ Nicht selten wurde in diesem Zusammenhang vor allem unter Intellektuellen vielfach mit dem eigenen Land gehadert.¹⁴ Die Bundesrepublik als Fortsetzung des autoritären Staates im scheindemokratischen Gewand zu kritisieren, war ein beliebtes Deutungsmuster der viel zitierten und viel diskutierten 68er-Generation, die den Markt an geschichtspolitischen Deutungsangeboten in der alten Bundesrepublik sehr stark beeinflusste. Etwas zugespitzt ließe sich formulieren, dass sich die Deutschen nach der Erfahrung des „Dritten Reiches“ selbst noch nicht recht über den Weg trauten.

Das hier zugegebenermaßen relativ grobkörnig skizzierte Ensemble an innen-, außen- und geschichtspolitischen Aspekten, die sich mit dem Begriff „Bonner Republik“ verbinden, dient als Kontrastfolie für dasjenige, was mit der Nachfolgebezeichnung „Berliner Republik“ assoziiert wird. Im Lichte der terminologischen

⁹ Vgl. zu den alliierten Vorbehaltsrechten und der eingeschränkten deutschen Souveränität im Einzelnen Helga Haftendorn/Henning Riecke (Hrsg.): „...die volle Macht eines souveränen Staates...“. Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949-1990, Baden-Baden 1996.

¹⁰ Vgl. dazu im Zusammenhang Egon Bahr: „Jetzt werden wir ein normaler Staat“. Egon Bahr über die Vereinigung und das Ende der Scheckbuchdiplomatie, in: Internationale Politik 5 (2009), S. 68-73, S. 71.

¹¹ Karl Dietrich Bracher: Die totalitäre Erfahrung, München 1987.

¹² Mit seinen Thesen regte der Hamburger Historiker Fritz Fischer zu einer kontrovers geführten Debatte um den Anteil der Schuld Deutschlands beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs an. Vgl. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961. In diesem Zusammenhang wurde bereits die Kontinuitätslinie zum Zweiten Weltkrieg subkutan mit angesprochen, sodass diese Kontroverse als Vorläufer der Debatten danach gelten kann.

¹³ Vgl. die Zusammenstellung dieser und weiterer zeitgeschichtlicher Debatten bei Martin Sabrow et al. (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003.

¹⁴ Vgl. Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands, München 1979, S. 45-84.

Praxis, einen wirkmächtigen geografischen Ort zum Ausgangspunkt für eine politisch-kulturelle Chiffre zu machen, lag es in den 1990er Jahren nahe, diese Tradition für das wiedervereinigte Deutschland fortzuschreiben und der „Weimarer“ und der „Bonner“ eine „Berliner Republik“ folgen zu lassen. Die Politikwissenschaft ist ebenso wie die Zeitgeschichtsforschung auf dergleichen bewusst vereinfachende Zuschreibungen als Etikettierungen angewiesen, um ihrer analytischen und hermeneutischen Arbeit nachkommen zu können. Dabei ist es nur natürlich, dass es im Dienste der Orientierung zu Vergrößerungen kommt, die mit guten Gründen angezweifelt werden können. Die Rede von der „Berliner Republik“ setzt eine bestimmte, bereits implizit deutende Periodisierung der deutschen Geschichte voraus, bei der die Trennung, die Zweistaatlichkeit und die Wiedervereinigung die entscheidenden Orientierungspfeiler markieren.¹⁵ Nachdem die „Berliner Republik“ als Terminologie nicht lange nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, Berlin zum neuen Parlaments- und Regierungssitz zu machen, durch das politische Feuilleton geisterte,¹⁶ erfolgte die erste ausführliche Auseinandersetzung in einer essayistisch angelegten Monografie des Publizisten Johannes Groß im Jahr 1995:

„Wenige Jahre nach der Umwandlung der Bundesrepublik zum Nationalstaat für alle Deutschen ist es an der Zeit, die politische Physiognomie einer Republik, die nicht mehr Bonn als Hauptstadt hat, zu zeichnen. Mag das Gesicht der Berliner Republik in allen Zügen, Falten und Runzeln auch noch nicht erkennbar sein, die Unterschiede zum alten Bild sind es.“¹⁷

Einige Jahre nach Groß' Publikation rief der Soziologe Heinz Bude die „Generation Berlin“ aus,¹⁸ die sich von der Vorgängergeneration insofern unterscheidet, als sie die „Bonner Republik“ als ein „abgeschlossenes Stück Geschichte“ betrachten könne. Diese Generation habe die Verpflichtung, eine „Berliner Republik“ „jenseits vergangenheitspolitischer Alarmreflexe“ neu zu begründen. Die Last der NS-Vergangenheit bleibe zwar weiterhin eine wichtige Determinante, aber sie taue nicht mehr zur „Rechtfertigung notwendiger außen-, wirtschafts- und sozialpolitischer Richtungsentscheidungen“¹⁹ im wiedervereinigten Deutschland. Ein dritter

¹⁵ Vgl. Roland Czada: Nach 1989. Reflexionen zur Rede von der „Berliner Republik“, in: Roland Czada/Hellmut Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit. Leviathan-Sonderheft 19 (1999), S. 13-45, S. 27.

¹⁶ Vgl. exemplarisch Gunter Hofmann: Das Wagnis eines späten Neuanfangs. Wird aus der Bonner eine Berliner Republik – und was würde dies bedeuten, in: DIE ZEIT vom 28. Juni 1991.

¹⁷ Johannes Groß: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995, S. 7.

¹⁸ Heinz Bude: Was ist die Generation Berlin?, in: Berliner Republik 1 (1999), S. 1-2.

¹⁹ Heinz Bude: Generation Berlin, Berlin 2001, S. 29-30.

Autor mit einer ähnlich affirmativen Auffassung der „Berliner Republik“ ist neben Groß und Bude der Publizist Arnulf Baring.²⁰

Von politischer Seite wurde die „Berliner Republik“ insbesondere im Vorfeld des Regierungswechsels 1998 und im Umfeld des Regierungsumzugs 1999 von SPD- und Grünen-Politikern besetzt: Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach von einem „Übergang von der Bonner zur Berliner Republik“²¹ und schrieb 1999 einen Beitrag für den „Stern“ mit dem Titel „Meine Berliner Republik“.²² Ein in der gleichen Zeit entstandenes publizistisches Organ der Sozialdemokratie wählte sich die Bezeichnung sogar als Titel.²³ Jürgen Trittin skizzierte zur Eröffnung des „Ratschlags Außenpolitik“ im Oktober 1997 so genannte „Herausforderungen an die *Berliner Republik*“; der ostdeutsche SPD-Politiker Jürgen Reiche verabschiedete Bonn als Hauptstadt mit den Worten: „Auf Wiedersehen und Danke, Bonner Republik“.²⁴ Joschka Fischer rief am 27. September 1998 zumindest rhetorisch eine neue Republik aus: „Heute hat sich die Bonner Republik aufgelöst und die Berliner Republik ist entstanden.“²⁵ Hinter Äußerungen dieses Typs stand offensichtlich das strategische Interesse der politischen Akteure, sich selbst als die Hauptrepräsentanten einer neuen politischen Ära zu profilieren und sich unausgesprochen vom „System Kohl“ abzugrenzen. Nun ließe sich argumentieren, dass die „Berliner Republik“ als chiffrierter Wahlkampf-begriff und subkutanes Element des Parteienwettbewerbs wohl kaum als analytische Kategorie tauglich sei. Es lässt sich ebenso darüber streiten, ob in Benennungen von Staatsgefügen nach Ortsnamen nicht gleichsam automatisch eine unzulässige Verkürzung von komplexen Zusammenhängen mitschwingt. Die Repräsentanten der schwarz-gelben Bundesregierung in den 1990er Jahren hatten dem Begriff anders als ihre rot-grünen Nachfolger wenig abgewinnen können: Helmut Kohl hielt ihn für „ausgemachten Unsinn“, Wolfgang Schäuble sprach von einem irreführenden „Wortungetüm“²⁶ und auch Bundespräsident Roman Herzog verwahrte sich gegen die Rede von der „Berliner Republik“.²⁷ Diese Einlassungen waren zumeist von der Sorge getragen, das tragfähige und stabile Wertefundament der Bundesrepublik könne durch eine definitorische Neuprägung in Frage gestellt werden.

²⁰ Vgl. Arnulf Baring: Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33 (1999), S. 9-15.

²¹ o. V.: Eine offene Republik. Interview mit Gerhard Schröder, in: DIE ZEIT vom 4. Februar 1999.

²² Gerhard Schröder: Meine Berliner Republik, in: Stern vom 2. September 1999.

²³ Vgl. Hans-Peter Bartels: Editorial. Warum diese Zeitschrift sein muss, in: Berliner Republik 1 (1999).

²⁴ Zit. nach Czada: Nach 1989, in: Czada/ Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, S. 31. [Hervorhebung, M. B.]

²⁵ Zit. nach Klaus Dreher: Treibhaus Bonn. Schaubühne Berlin. Deutsche Befindlichkeiten, Stuttgart 1999, S. 8.

²⁶ Zit. nach Michael Sontheimer: Berlin, Berlin. Der Umzug in die Hauptstadt, Hamburg 1999, S. 222.

²⁷ Vgl. Roman Herzog: Der Umzug ist ein Ortswechsel, kein Richtungswechsel, in: FAZ vom 4. Februar 1999.

Nicht nur in der Politik, auch in der Wissenschaft tat man sich lange Zeit schwer mit dem Begriff. Klaus von Beymes Auffassung zufolge spiegelte sich in der Terminologie nicht mehr als der angestrengte Versuch wider, sich von Weimar abzugrenzen und Befürchtungen aus dem Ausland vor nicht zu erwartender neuerlicher Berliner Großmannssucht in vorauseilendem Gehorsam zu begegnen. Von Beyme gab sich überzeugt, dass solche „publizistische Sensationshascherei“ rasch gegenstandslos werden würde.²⁸ Mancher Autor sorgte sich, konservative Intellektuelle könnten den Begriff missbrauchen, um einer Rückkehr zu anachronistischen großdeutschen Allüren mit nationalistischem Unterton das Wort zu reden.²⁹ Jürgen Habermas warnte in seiner Rede zum 50. Jahrestag des 8. Mai in der Frankfurter Paulskirche vor einem Rückfall in nationalstaatliche Reflexe, die er hinter dem „Normalisierungsdiskurs“ vermutete, der sich mit dem Begriff „Berliner Republik“ verband und den er angesichts der Globalisierung für unzeitgemäß erachtete.³⁰ Zwar haben Autoren der „Neuen Rechten“ die Terminologie durchaus vereinzelt in dieser Manier zu besetzen versucht,³¹ allerdings wird man im Rückblick feststellen können, dass sich dergleichen Tendenzen nicht durchsetzen konnten. Andere Autoren diagnostizierten bereits wenige Jahre nach dem Regierungs- und Parlamentsumzug, dass sich die „Berliner Republik“ als politisch-kulturelles Leitmotiv erschöpft habe. Die Veränderungen hingen allenfalls oberflächlich mit der Stadt Berlin zusammen und man solle Tendenzen des Wandels daher „nicht allzu leichtfertig auf das Prokrustesbett eines durch zahlreiche historische Assoziationen imprägnierten Berlin zwingen.“³² Weitere Bedenken gegen die Terminologie speisten sich aus der Annahme, dass sich die ostdeutschen Erfahrungen in der Traditionsfolge Weimar – Bonn – Berlin nicht angemessen widerspiegelten.³³ Diese Überlegung kann man mit Lothar de Maizière auch umkehren: „Wenn der Begriff Berliner Republik dazu beiträgt, dass auch den Westdeutschen klar wird, dass sich nach 1990 etwas verändert hat, begrüße ich das sehr.“³⁴ Der Journalist Ulrich Reitz sprach von der „Berliner Republik“ als „Gespenst“ und als „Chimäre“, die nichts

²⁸ Vgl. Klaus von Beyme: Die „Berliner Republik“, in: Gegenwartskunde 1 (1999), S. 135-139, S. 135.

²⁹ Vgl. Schildt: Abschied vom Westen?, S. 1208. – Schildt zielte damit vor allem auf folgende prominent und kontrovers rezipierte Sammelbände aus den 1990er Jahren ab: Rainer Zitelmann et al. (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin 1993. – Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin 1994.

³⁰ Vgl. Jürgen Habermas: 1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik, in: Jürgen Habermas: Die Normalität der Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII, Frankfurt a. M. 1995, S. 167-188.

³¹ Vgl. Ulrich Schacht/Heimo Schwilk: Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, München 1997.

³² Hans Jörg Hennecke: Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung, München 2003, S. 11.

³³ Vgl. ebd., S. 12.

³⁴ Zit. nach Sontheimer: Berlin, Berlin, S. 233. – Vgl. dazu auch Thomas Ahbe/Monika Gibas: Der Osten in der Berliner Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2 (2001), S. 15-22.

weiter als eine „Projektionsfläche uneinheitlicher Hoffnungen und Befürchtungen“ darstelle: „Die Berliner Republik ist ein Etikettenschwindel, weil es tatsächlich nur um einen banalen Ortswechsel geht.“³⁵ Dahinter steht das zunächst einmal plausible Argument, dass die „Berliner Republik“ in so hohem Maße Kontinuitäten zur „Bonner Republik“ aufweise, dass von einer echten Zäsur keine Rede sein könne.³⁶ Selbst wenn dem so ist, blendet diese Argumentation aus, dass die „Berliner Republik“ zu proklamieren nicht automatisch bedeutet, einen „Nachruf auf die Bonner Republik“³⁷ verfassen zu müssen. Unbestreitbar ist, dass viele Traditionsbestände der „Bonner Republik“ auch in die „Berliner Republik“ übernommen wurden. Dies gilt in erster Linie für das Grundgesetz. 1990 hatte man sich bewusst dafür entschieden, den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht über Art. 146 GG, sondern über Art. 23 GG einzuleiten. Der Beitritt der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der Erarbeitung einer neuen Verfassung vorgezogen.³⁸ Doch ungeachtet aller Übernahmen von Bekanntem und Gewohntem verbindet sich mit dem Begriff der Befund einer qualitativen Veränderung der Bundesrepublik – für einige Autoren latent kritisch bis eindeutig negativ konnotiert,³⁹ für andere im Sinne einer begrüßenswerten Weiterentwicklung getreu dem Motto: „In Berlin blüht, was in Bonn noch Keim und Knospe war.“⁴⁰

Eine eher indirekte Argumentation zugunsten der Tragfähigkeit des Begriffs „Berliner Republik“ könnte lauten, dass bisher keine überzeugende Alternativbezeichnung zur Charakterisierung der Veränderungen in der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren existiert. Gelegentlich kursierte die Bezeichnung „Dritte Republik“ als Alternative. Gerhard Lehmbuch war der erste, der diesen Begriff mit Blick auf den improvisierten Vereinigungsprozess bereits sehr früh prägte.⁴¹ Der Publizist Wolfgang Herles griff ihn ebenfalls auf.⁴² Roland Czada sah das politische System

³⁵ Ulrich Reitz: Nur ein banaler Ortswechsel, in: Rheinische Post (Hrsg.): Streitfall Berliner Republik. Aufsätze, Polemiken, Interviews, Düsseldorf 1999, S. 13-17, S. 13, S. 17.

³⁶ Vgl. zu dieser Argumentation Eckhard Jesse: Von der „Bonner Republik“ zur „Berliner Republik“? Mehr Kontinuität als Wandel, in: Karl Eckhart/Eckhard Jesse (Hrsg.): Das wiedervereinigte Deutschland – eine erweiterte oder eine neue Bundesrepublik?, Berlin 1999, S. 21-33, S. 33.

³⁷ Jonathan Carr: Goodbye Germany. Nachruf auf die Bonner Republik, Düsseldorf 1993.

³⁸ Vgl. zur kontroversen Diskussion seinerzeit Josef Isensee: Wenn im Streit um den Weg das Ziel verloren geht, in: FAZ vom 12. April 1990. – Thomas Nipperdey: Die Deutschen wollen und dürfen eine Nation sein, in: FAZ vom 13. Juli 1990. – Jürgen Habermas: Der DM-Nationalismus, in: DIE ZEIT vom 30. März 1990. – Helmut Ridder: Art. 23 GG. Ein Phantom entlarvt sich selbst. Über Inhalt, Funktion und Stellenwert der Artikeldebatte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6 (1990), S. 666-670.

³⁹ Vgl. exemplarisch Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999.

⁴⁰ Konrad Adam: Ortswechsel im Gezeitenwechsel, in: Ulrich Frank-Planitz et al. (Hrsg.): Nur ein Ortswechsel? Eine Zwischenbilanz der Berliner Republik, Leipzig 2002, S. 24-32, S. 26.

⁴¹ Vgl. Gerhard Lehmbuch: Die improvisierte Vereinigung. Die Dritte deutsche Republik, in: Leviathan 18 (1994), S. 462-486.

⁴² Vgl. Wolfgang Herles: Geteilte Freude. Das erste Jahr der dritten Republik. Eine Streitschrift, München 1992.

des wiedervereinigten Deutschlands durch institutionelle Anpassungsprozesse und aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen auf dem Weg zu einem „Zustand einer neuen Üblichkeit, die man als ‚Dritte Republik‘ bezeichnen könnte.“⁴³ Der „Schleichweg“ in die „Dritte Republik“ schließe „zwar an den Entwicklungspfad der alten Bundesrepublik an, setzt ihn aber nicht geradlinig fort. Und er ist unaufhaltsam.“⁴⁴ Auch Hans Jörg Hennecke schätzt den Begriff „Dritte Republik“ aufgrund seiner inhaltlichen Offenheit und überschrieb seine Chronik der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün mit diesem Titel.⁴⁵ Das Problem der Terminologie „Dritte Republik“ besteht jedoch darin, dass mit der Durchzählung verschiedener deutscher Republiken suggeriert wird, 1990 habe es eine staatsrechtliche Neugründung gegeben, was *de jure* nicht der Fall war. Dies dürfte das stärkste Argument gegen die Rede von der „Dritten Republik“ sein. Hinzu kommt noch, dass kaum jemand zuvor von einer „Zweiten Republik“ gesprochen hatte.⁴⁶ Im Übrigen scheint die Bezeichnung „Dritte Republik“ heute gänzlich aus der Publizistik verschwunden zu sein, wohingegen die intellektuelle Attraktivität des Begriffs „Berliner Republik“ noch keineswegs erschöpft ist. Außerhalb der Bundesrepublik ist die „Berliner Republik“ bereits seit Mitte der 1990er Jahre zu einem geläufigen Symbol für das Ende der Zweistaatlichkeit und zu einem neuen Namen für das wiedervereinigte Deutschland geworden.⁴⁷

Der Begriff eignet sich offenkundig als Projektionsfläche für hoffnungsvolle Erwartungen und skeptische Befürchtungen, die sich mit dem wiedervereinigten Deutschland verbinden. Gleich wie man zu ihm steht, lässt sich kaum in Abrede stellen, dass er eine intellektuell anregende Wirkung für den politisch-kulturellen Diskurs entfaltet hat. Lässt sich nun aber auch in einem wissenschaftlich handhabbaren Sinne von einer „Berliner Republik“ sprechen? Handelt es sich um eine „leere Worthülse“ oder um den „Ausdruck einer Zäsur“⁴⁸? Darf ein geografischer

⁴³ Roland Czada: Schleichweg in die „Dritte Republik“. Politik der Wiedervereinigung und politischer Wandel in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 2 (1994), S. 245-270, S. 252. [Hervorhebung im Original, M. B.]

⁴⁴ Ebd., S. 267.

⁴⁵ Vgl. Hennecke: Die dritte Republik, S.11.

⁴⁶ Eine Ausnahme bildet der Sammelband Hans-Peter Schwarz/Richard Löwenthal (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik, Stuttgart 1974.

⁴⁷ Vgl. exemplarisch Daniel Hamilton: Jenseits von Bonn. Amerika und die „Berliner Republik“, Frankfurt a. M. 1994. – Lewis J. Edinger/Brigitte L. Nacos: From Bonn to the Berlin Republic. Can a Stable Democracy Continue?, in: Political Science Quarterly 113 (1998), S. 179-192. – Dieter Dettke (Hrsg.): The Spirit of the Berlin Republic, New York 2003.

⁴⁸ Florian Hartleb: Die Berliner Republik. Leere Worthülse oder Ausdruck einer Zäsur? Die alte und zugleich immer wieder neue Frage nach Kontinuität und Wandel, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 307-322. – Vgl. ebenso kritisch zum voraussetzungsfreien Umgang mit den Terminologien Jürgen Arretz: Von der „Bonner Republik“ zur „Berliner Republik“?, in: Kirche und Gesellschaft 334 (2006), S. 3-16.

Umzug von Parlament und Regierung zu einem prinzipiellen politisch-kulturellen Einschnitt erklärt werden? Es gilt zu Beginn der vorliegenden Untersuchung einer bereits im Jahr 1999 formulierten Forderung Klaus von Beymes Rechnung zu tragen: „Es muß zunächst einmal operationalisiert werden, was man unter ‚Berliner Republik‘ überhaupt verstehen könnte.“⁴⁹ Denn letzten Endes ist der Umgang mit dem Begriff, wie Hermann Rudolph formuliert hat, „ein Lackmuestest für das politische und kulturelle Bewußtsein vom Zustand dieser Republik.“⁵⁰

In einer ersten Annäherung sollen zwei grundsätzliche Prämissen des Begriffs vorausgeschickt werden: Erstens wäre es ein Missverständnis, wenn sich das Rubrum „Berliner Republik“ im geografischen Wechsel von Parlament und Regierung erschöpfen würde: „Berlin schafft keine neue Republik“⁵¹. Nicht die örtliche Veränderung ist entscheidend, sondern „die Neuartigkeit des politischen, ökonomischen und kulturellen Umfeldes, in dem die Bundesrepublik seit 1989/90 agiert.“⁵² Die neue Hauptstadt fungiert dabei als Symbol für ein neues Selbstverständnis der Republik.⁵³ Zweitens gilt es in Rechnung zu stellen, dass etikettierende Zuschreibungen wie „Weimarer“, „Bonner“ oder „Berliner Republik“ nur in der retrospektiven Betrachtung ihre Gültigkeit gewinnen können. Im Begriff „Berliner Republik“ mischen sich insofern die gegenwartsbezogene Analyse und die zukunftsbezogene Prognose. Diese Verknüpfung ficht den heuristischen Wert der Kategorie in keiner Weise an. Die „Berliner Republik“ konnte in den 1990er Jahren lediglich als Ausdruck dafür verstanden werden, „dass sich die Bundesrepublik in Reaktion auf die Umwälzungen nach 1989 selbst noch kaum, dafür aber ihre langfristigen Entwicklungsbedingungen erheblich verändert haben.“⁵⁴ Heute mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich nicht nur die Rahmenbedingungen gewandelt haben, sondern auch die Bundesrepublik selbst sich maßgeblich verändert hat. Um diese Veränderungen deutlich zu machen, soll der Begriff (a) in *zeitlicher* und (b) in *qualitativer* Hinsicht operationalisiert werden:

(ad a) Auch wenn der Umzug von Parlament und Regierung kurz vor der Jahrtausendwende und zum 50jährigen Jubiläum des Grundgesetzes zu einem grundsätzlichen Diskurs über das normativ-politische Koordinatengefüge des Landes einlud, so eignet sich diese zeitliche Angabe allein keinesfalls zur Markierung der

⁴⁹ Vgl. Klaus von Beyme: Die „Berliner Republik“, in: Gegenwartskunde 1 (1999), S. 135-139, S. 135. [Hervorhebung im Original, M. B.]

⁵⁰ Hermann Rudolph: Das erste Jahrzehnt. Die Deutschen zwischen Euphorie und Enttäuschung, München 2000, S. 249.

⁵¹ Kurt Sontheimer: Berlin schafft keine neue Republik – und sie bewegt sich doch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2 (2001), S. 3-5.

⁵² Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009, S. 9.

⁵³ Vgl. Christine Lutz: Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands: Symbol für ein neues deutsches Selbstverständnis?, Berlin 2002.

⁵⁴ Czada: Nach 1989, in: Czada/Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, S. 29.

„Berliner Republik“. Alexander Cammann plädiert für den Mauerfall am 9. November 1989 als ideelle Gründungsressource der „Berliner Republik“. ⁵⁵ Manfred Görtemaker bezeichnet den Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990 als „das eigentliche Entstehungsdatum der ‚Berliner Republik‘“. ⁵⁶ Hans Jörg Hennecke misst dem Wechsel des politischen Personals durch den Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün 1998 eine grundlegende Bedeutung bei. ⁵⁷ Natürlich ist es keine auf einen konkreten Tag zu datierende, sondern vielmehr eine schleichende Zäsur, ⁵⁸ die den Übergang von der „Bonner“ zur „Berliner Republik“ beschreibt. Die Eckdaten 1989/90 und 1998 kombiniert mit dem am 21. Juni 1991 beschlossenen und am 6. September 1999 vollzogenen Wechsel des Regierungssitzes stecken zumindest einen plausiblen, orientierenden Rahmen ab.

(*ad b*) Die Tauglichkeit des Begriffs „Berliner Republik“ hängt des Weiteren entscheidend davon ab, wie trennscharf sie sich von der „Bonner Republik“ in qualitativer Hinsicht abgrenzen lässt. Johannes Groß diagnostizierte seinerzeit: „Die Berliner Republik ist mit der Bonner Republik staatsrechtlich identisch; gesellschaftlich, politisch und kulturell ist sie es nicht.“ ⁵⁹ Was sich 1995 noch als vage Annahme am Horizont abzuzeichnen begann, kann heute über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung umso deutlicher bekräftigt werden: „Erst im Rückblick wird deutlich, dass die Zäsur tiefer war als zunächst angenommen.“ ⁶⁰ Einer der wenigen Autoren, die sich an einer Schärfung des Begriffs „Berliner Republik“ versucht haben, ist Frank Decker. Der Bonner Politikwissenschaftler verortet den Begriff systematisch auf drei Ebenen: erstens auf das Regierungssystem und die Innenpolitik, zweitens auf das internationale System und die Außenpolitik und drittens auf den Hauptstadtwechsel im engeren Sinne. ⁶¹ Der Ansatz dieser Definition auf verschiedenen Ebenen kann analog zur o. g. Begriffsschärfung der „Bonner Republik“ aufgegriffen und fortentwickelt werden, wobei eine leichte Akzentverschiebung vorgenommen wird. Das qualitativ und substantiell Neue der „Berliner Republik“

⁵⁵ Alexander Cammann: 1989 neu entdecken. Die verdrängte Gründungsrevolution der Berliner Republik, in: Undine Ruge/Daniel Morat (Hrsg.): Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik, Wiesbaden 2005, S. 55-70. – Alexander Cammann: 1989. Die ignorierte Revolution, in: Ästhetik und Kommunikation 122/123 (2003), S. 123-129. – Alexander Cammann: Generation Revolution. Die Berliner Republik braucht 1989 als ideelle Ressource, in: Berliner Republik 6 (2004), S. 34.

⁵⁶ Görtemaker: Die Berliner Republik, S. 9.

⁵⁷ Hennecke: Die dritte Republik, S. 10.

⁵⁸ Vgl. diese Wendung aus besorgter Perspektive aufgreifend Joannah Caborn: Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik, Münster 2006, S. 212-217. – Vgl. ähnlich kritisch Albrecht von Lucke: Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin 1949 – 1989 – 2009, Berlin 2009.

⁵⁹ Groß: Begründung der Berliner Republik, S. 7.

⁶⁰ Manfred Görtemaker: Die Entstehung der Berliner Republik, in: Bundeszentrale für Politische Bildung spezial: 20 Jahre Hauptstadtbeschluss, <http://www.bpb.de/themen/GJUP48.html>.

⁶¹ Vgl. Frank Decker: Der Osten als Trendsetter. Veränderungen im deutschen Regierungssystem, in: Berliner Republik 6 (2004), S. 54-57, S. 54.

entfaltet sich (1) in innenpolitischer Hinsicht, (2) in außenpolitischer Hinsicht und (3) in politisch-kultureller Hinsicht im weiteren und in geschichtspolitischer Hinsicht im engeren Sinne:

(1) Auch wenn es sich bei der „Berliner Republik“ staats- und verfassungsrechtlich betrachtet nicht um ein neues Staatswesen handelt und die Staatsgewalt die gleiche geblieben ist, so haben sich sowohl das Staatsgebiet als auch das Staatsvolk erweitert. Die innerdeutschen Folgewirkungen der Einheit und die ökonomischen Lasten durch den Wiedervereinigungsprozess führten zu einer latenten Spannung im Verhältnis zwischen Ost und West: Die „politischen Gründungsentscheidungen der alten Bundesrepublik, nämlich die atlantische Verankerung und die Bejahung der Marktwirtschaft“ konnten in der postsozialistischen Gesellschaft stellenweise nur unzureichend vermittelt werden.⁶² Immer schmerzlicher setzte sich sowohl bei den politischen Eliten als auch in der Gesellschaft die bittere Erkenntnis durch, „dass das Ende der Ausbaustrecke der Politik der sozialen Sicherung längst erreicht ist.“⁶³ Durch die sich beschleunigende Globalisierung und den demografischen Wandel wurden harte Einschnitte im Sozialsystem notwendig, von denen zu erwarten steht, dass ihnen in der Zukunft noch weitere folgen werden.⁶⁴ Das Parteiensystem entwickelte sich im Zuge dessen vom stabilen Dreiparteiensystem der „Bonner Republik“ zum „fluiden Fünfparteiensystem“⁶⁵, wobei auch hier ein Ende der Entwicklung nicht abzusehen ist.⁶⁶ Ein weiteres Charakteristikum der „Berliner Republik“ ist der im Vergleich zur früheren Beschaulichkeit im Bonner Regierungsviertel gestiegene Pulsschlag der Medienwelt, den sich die Politik in einem Maße aufdrängen lässt, dass mancher Autor schon von einer „Mediokratie“ und einer „Kolonialisierung der Politik durch die Medien“ gesprochen hat.⁶⁷ Das Verhältnis zwischen Politik und Medien ist von

⁶² Hennecke: Die dritte Republik, S. 12.

⁶³ Manfred G. Schmidt: Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005), in: Reimut Zohlhörer/Christoph Egle (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 295-312, S. 309.

⁶⁴ Vgl. Frank Bönker/Hellmut Wollmann: Sozialstaatlichkeit im Übergang. Entwicklungslinien der bundesdeutschen Sozialpolitik in den Neunzigerjahren, in: Czada/Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, S. 543.

⁶⁵ Vgl. Oskar Niedermayer: Nach der Vereinigung. Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem, in: Gabriel et al. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, S. 428-446. – Vgl. statt vieler zudem Frank Decker: Parteiendemokratie im Wandel, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 19-61. – Jürgen Dittberner: Die deutschen Parteien. Defizite und Reformideen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40 (2004), S. 12-18. – Tobias Dürr: Bewegung und Beharrung. Deutschlands künftiges Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32/33 (2005), S. 31-38.

⁶⁶ Vgl. Franz Walter: Die Bonner Parteien auf dem Weg in die Berliner Republik. Politische Kolumnen, Hamburg 1998.

⁶⁷ Thomas Meyer: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a. M. 2001.

einer zunehmenden Nervosität und einem wechselseitigen „Alarmismus“ geprägt.⁶⁸ Die politische Kommunikation hat sich grundlegend verändert und es steht zu erwarten, dass sie sich durch die Entwicklungen des Web 2.0 (Facebook, Twitter etc.) weiter verändern wird.⁶⁹

(2) Eine Korrelation der Folgen der deutschen Einheit mit fundamentalen Umbrüchen in der internationalen Staatenwelt zeitigte fundamentale Konsequenzen für die außenpolitischen Handlungsspielräume der Bundesrepublik. Die Bipolarität als konstitutiver Grundzug des internationalen Systems in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wich einer neuen Multipolarität. Dieser Prozess ging einher mit der raschen Herausbildung verstärkter internationaler Interdependenzen. Die Verschärfung globaler Krisen und die Wiederkehr des Krieges als Mittel der Politik in Europa begleiteten den tief greifenden Wandel der internationalen Beziehungen. Deutschland selbst fand sich nach der Wiedervereinigung in der Rolle der „Zentralmacht Europas“⁷⁰ wieder. Nachdem sich der ehemalige „Frontstaat“ der Nachkriegsordnung plötzlich von Verbündeten und Freunden umgeben sah, erlaubte es die Aufhebung der Souveränitätsbeschränkungen, dass sich erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine bundesdeutsche Staatsraison ohne Einschränkungen entfalten konnte. Da Deutschland eine Schlüsselrolle im Wandel des internationalen Systems zukam, sah es sich einerseits mit einer Reihe kritischer Stimmen aus dem Ausland konfrontiert. Historisch begründete Befürchtungen vor einem „Großdeutschland“ oder einem „Vierten Reich“ wurden sowohl in der Wissenschaft⁷¹ als auch von führenden Politikern⁷² artikuliert. Andererseits wurde zugleich eine höhere außenpolitische Verantwortung Deutschlands eingefordert, da nun dasjenige zu schwinden begann, was früher unter dem zynischen Begriff „Auschwitz-Bonus“ subsumiert wurde.⁷³ Wilfried von Bredow und Thomas Jäger resümieren das zentrale Paradoxon der neuen deutschen Außenpolitik: Deutsch-

⁶⁸ Vgl. Lutz Hachmeister: *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik*, München 2007, S. 12. – Vgl. auch Tissy Bruns: *Republik der Wichtigtuere. Ein Bericht aus Berlin*, Freiburg 2007.

⁶⁹ Vgl. statt vieler Barbara Pfetsch: *Amerikanisierung der politischen Kommunikation? Politik und Medien in Deutschland und den USA*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41/42 (2001), S. 27-36. – Markus Karp/Udo Zolleis: *Politisches Marketing für moderne Wahlkampfstrategien*, in: Lars Rademacher (Hrsg.): *Politik nach Drehbuch*, Münster 2005, S. 97-109. – Bodo Hombach (Hrsg.): *Politik und Medien. Bonner Vorträge und Diskurse. Band 1*, Essen 2012.

⁷⁰ Hans-Peter Schwarz: *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

⁷¹ Vgl. John J. Mearsheimer: *Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security* 15 (1990), S. 5-56. – Francoise Nicolas/Hans Stark: *L'Allemagne, une nouvelle hégémonie*, Paris 1992.

⁷² Vgl. exemplarisch Margaret Thatcher: *The Downing Street Years*, London 1993, S. 791, S. 1103. – Vgl. Dirk Verheyden/Christian Soe (Hrsg.): *The Germans and Their Neighbours*, Oxford 1993.

⁷³ Vgl. Andrei S. Markovits/Simon Reich: *Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht*, Berlin 1998, S. 331.

lands Handlungsspielraum sei „zugleich größer geworden und geschrumpft.“⁷⁴ Das wiedervereinigte Deutschland fand sich in einem Selbstverortungsprozess wieder, der seit Mitte der 1990er Jahre von einer intensiven publizistischen Debatte begleitet wurde.⁷⁵ Eine gewandelte außenpolitische Rhetorik ist nur einer von mehreren Indikatoren für einen substanziellen Wandel.⁷⁶ Nicht zuletzt der erste Auslandseinsatz deutscher Soldaten im Kosovo 1999 stellte eine fundamentale Zäsur in der bundesdeutschen Außenpolitik nach 1945 dar.

(3) Neben der innen- und der außenpolitischen Ebene, deren Tendenzen hier nur in groben Strichen skizziert werden können, ist es vor allem die Ebene der politischen Kultur, auf der die Veränderungen von der „Bonner“ zur „Berliner Republik“ greifbar werden. „[E]ine neue Befindlichkeit“⁷⁷ lässt sich an vielen Stellen exemplifizieren. Mit den gesellschaftspolitischen Reformen unter Rot-Grün von der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts bis zur Aufwertung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften wurden klassische Traditionsbestände der „Bonner Republik“ einer grundlegenden Revision unterzogen. In den intellektuellen Diskursen des wiedervereinigten Deutschlands lassen sich prinzipielle Wandlungstendenzen feststellen. Am schlüssigsten konkretisieren lassen sich diese in dem vollständig veränderten Diskurs über die nationale Identität und über einen bundesdeutschen Patriotismus⁷⁸, der im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006⁷⁹ eine ganz eigene Dynamik entfaltete und der in verschiedenen Studien ein-

⁷⁴ Wilfried von Bredow/Thomas Jäger: Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Opladen 1993, S. 24.

⁷⁵ Vgl. dazu Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1: Grundlagen, Bd. 2: Herausforderungen, Bd. 3: Interessen und Strategien, Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München 1994-1998. – Vgl. eine Zusammenfassung der Debatte in den 1990er Jahren Dirk Peters: Debate about a new German foreign policy, in: Volker Rittberger (Hrsg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester 2001, S. 11-33.

⁷⁶ Vgl. dazu Gunther Hellmann et al.: „Selbstbewusst“ und „stolz“. Das außenpolitische Vokabular der Berliner Republik als Fährte der Neuorientierung, in: Politische Vierteljahresschrift 4 (2007), S. 650-679.

⁷⁷ Stephan Sattler: Die „Berliner Republik“, oder: Will sich Deutschland wieder einmal neu erfinden?, in: Europäische Rundschau 2 (1997), S. 15-33, S. 15.

⁷⁸ Vgl. Eckhard Fuhr: Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland, Berlin 2005. – Karl Heinz Bohrer/Kurt Schel (Hrsg.): Ein neues Deutschland? Zur Physiognomie der Berliner Republik, Sonderheft Merkur 9/10 (2006). – Udo di Fabio: Die Kultur der Freiheit, München 2005. – Peter Graf: Aus dem Bann des Nationalsozialismus. Die Berliner Republik als Vaterland, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3 (2005), S. 26-29. – Josef Isensee: Wiederentdeckung deutscher Identität. Verfassungstheoretische Anmerkungen zur Leitkultur, in: (Hrsg.): Die Ordnung der Freiheit. Festschrift für Christian Starck zum siebzigsten Geburtstag, Tübingen 2007, S. 55-72. – Norbert Lammert (Hrsg.): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Hamburg 2006. – Mathias Mattusek: Wir Deutschen. Warum andere uns gern haben können, Frankfurt a. M. 2006. – Reinhard Mohr: Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde, Reinbek 2005. – Henrik Müller: Wirtschaftsfaktor Patriotismus. Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2006.

⁷⁹ Ernst Hebecker/Philipp W. Hildmann (Hrsg.): Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese, München 2007. – Johannes Urban: Das „Wunder von Berlin“ – Was Deutschland aus der WM-Erfahrung lernen

schlägig von Volker Kronenberg analysiert worden ist.⁸⁰ Die intensiv geführten Debatten um die nationale Identität der Deutschen in der „Berliner Republik“ konnten nicht ohne den Rekurs auf die Geschichte und ohne Bezug zum historischen Selbstverständnis geführt werden. Die Zeitzeugengeneration des Nationalsozialismus schrumpfte um die Jahrtausendwende herum spürbar. Nach der jahrzehntelangen mitunter einseitigen Betonung der Täterrolle wurde immer stärker auch die Opferrolle der Deutschen im Nationalsozialismus thematisiert.⁸¹ Neben die fortdauerende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus trat die Aufarbeitung einer zweiten deutschen Diktatur. War die Geschichte als „Quelle einer positiven Identitätsbildung“ in der „Bonner Republik“ noch verschmäht, konnte sie nun in der „Berliner Republik“ zusehends als „Basis für die Zentrumsbildung der Hauptstadt bemüht werden.“⁸² Die in der „Bonner Republik“ wirksame dominierende Ausrichtung auf den Nationalsozialismus als negativen historischen Fixpunkt wurde vielfach erweitert, womit der Raum für eine Neubewertung vor allem der Zeit nach 1945 freigegeben wurde.⁸³ All diese Tendenzen führten dazu, dass die geschichtspolitischen Debatten der „Berliner Republik“ sich von jenen der „Bonner Republik“ unterscheiden.⁸⁴ Martin Sabrow bezeichnet es als zentrales Kennzeichen der politischen Gegenwartskultur, dass die Zeitgeschichte in ihr eine so herausragende Rolle spiele wie nie zuvor.⁸⁵ Zwar darf die Bedeutung des Geschichtskurses auch in der alten Bundesrepublik keinesfalls unterschätzt werden, aber die

sollte, in: Die Politische Meinung 442 (2006), S. 71-75. – Vgl. Dagmar Schediwy: Sommermärchen im Blätterwald. Die Fußball-WM 2006 im Spiegel der Presse, Marburg 2008. – Norbert Lammert: Fröhlicher Patriotismus. Ein Rückblick auf die WM, in: Das Parlament vom 17. Juni 2006. – Eckhard Jesse: Der weltoffene Patriotismus, in: Berliner Republik 2 (2007), S. 79-82. – Vgl. Anne Hessel: Sport und Patriotismus in Deutschland am Beispiel der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, München 2007. – Vgl. zur empirischen Fundierung Renate Köcher: Ein neuer deutscher Patriotismus, in: FAZ vom 16. August 2006.

⁸⁰ Vgl. zur Einordnung der Patriotismus-Diskussionen Volker Kronenberg: Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, 3. Aufl., Wiesbaden 2012. – Volker Kronenberg: Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland, München 2010. – Volker Kronenberg: Verfassungspatriotismus im vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28 (2009), S. 41-46. – Volker Kronenberg: Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?, in: Bernhard Vogel (Hrsg.): Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen, Freiburg 2008, S. 188-206.

⁸¹ Vgl. Norbert Frei: Geschichtswissenschaft, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, Bonn 2005, S. 389-397, S. 394.

⁸² Joannah Caborn: Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik, Münster 2006, S. 152.

⁸³ Vgl. Frank Brunssen: Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2 (2001), S. 6-14, S. 10-13.

⁸⁴ Vgl. Axel Schildt: Zeitgeschichte der „Berliner Republik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-3 (2012), S. 3-8.

⁸⁵ Vgl. Martin Sabrow: Das Unbehagen an der Aufarbeitung. Zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte, in: Thomas Schaarschmidt (Hrsg.): Historisches Erinnern und Gedenken, S. 11-20, S.11.

Art und Weise, wie geschichtspolitische Debatten geführt werden, hat sich ganz fundamental gewandelt.

Die Summe der hier nur in Umrissen andeutbaren Wandlungstendenzen der Bundesrepublik⁸⁶ sind Indizien dafür, dass sich die Bundesrepublik ungeachtet aller Kontinuitätslinien in der Tat substanziell und tiefgreifend verändert hat. Die Bezeichnung „Berliner Republik“ könnte als zentrale Chiffre zur Beschreibung dieser Tendenzen geeignet sein. Den zuletzt angerissenen *geschichtspolitischen Wandlungen* in diesem Zusammenhang nachzuspüren, ist das zentrale Anliegen der vorliegenden Studie.

Damit kann zum zweiten Schlüsselbegriff dieser Untersuchung übergeleitet werden: Was genau meint die Terminologie „Geschichtspolitik“, die sich seit einigen Jahren einer so großen Beliebtheit erfreut? Der Begriff reiht sich in den Kontext einer weit verbreiteten Tendenz in verschiedenen Wissenschaftszweigen ein. Sowohl in den naturwissenschaftlichen Disziplinen (v.a. in der Neurowissenschaft) als auch in den Sozialwissenschaften ist in den vergangenen zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren eine kaum zu übersehende Hochkonjunktur zum Themenfeld Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte zu verzeichnen. Zuvor waren dergleichen Arbeiten nahezu ausschließlich im Bereich der Psychologie beheimatet.⁸⁷ Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat das Gedächtnis als „postsäkulares Paradigma“⁸⁸ bezeichnet. Nicht von ungefähr wird die heutige Forschergeneration vom amerikanischen Historiker Jay Winter als „Generation der Erinnerung“⁸⁹ apostrophiert, sind doch die Modethemen Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte geradezu zu einer „Obsession“⁹⁰ für die Wissenschaft geworden. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Politikwissenschaft? Hat sie den Themenbereich Geschichte, Gedächtnis und Erinnerung in die sie originär interessierenden Fragehorizonte nach Macht- und Herrschaftslegitimation sowie nach den Interessenskonstellationen hinter politischen Prozessen eingebunden? Ist es ihr gelungen, dafür theoretisch fundierte und methodisch reflektierte Konzepte zu entwickeln?

⁸⁶ Vgl. ausführlich und weitergehend dazu die Dissertationsschrift Heike Tuchscheerer: 20 Jahre vereinigt Deutschland. Eine „neue“ oder eine „erweiterte Bundesrepublik“, Baden-Baden 2010, hier insbesondere S. 297-319.

⁸⁷ Um dem fachübergreifenden Zugang gerecht zu werden, wurde 2001 ein eigenständiges interdisziplinäres Lexikon „Gedächtnis und Erinnerung“ aufgelegt. Vgl. Nicholas Pethes/Jens Ruchaz (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek bei Hamburg 2001.

⁸⁸ Aleida Assmann: Gedächtnis als Leitbegriff der Kulturwissenschaften, in: Lutz Musner/Gotthart Wunberg (Hrsg.): Kulturwissenschaften. Forschung, Praxis, Positionen, 2. Aufl., Freiburg 2003, S. 27-47, S. 27.

⁸⁹ Jay Winter: Die Generation der Erinnerung. Reflexionen über den „Memory-Boom“ in der zeithistorischen Forschung, in: Werkstatt Geschichte 30 (2001), S. 5-16.

⁹⁰ Vgl. Alon Confino/Peter Fritzsche: Introduction. Noises of the past, in: Alon Confino/Peter Fritzsche (Hrsg.): The work of Memory. New directions in the Study of German Society and Culture, Chicago 2002, S. 1-21, S. 1.

Es lässt sich einerseits feststellen, dass die bezeichneten Themen durchaus Eingang in die Politikwissenschaft gefunden haben. Der Gedächtnisdiskurs in den Kultur- und Naturwissenschaften wird von einer Debatte flankiert, die vor allem unter den Schlagwörtern „Vergangenheitspolitik“, „Geschichtspolitik“ und „Erinnerungspolitik“ geführt wird und in der Aspekte thematisiert werden, die auf den politisierten Rückgriff auf die Geschichte verweisen.⁹¹ Der Begriff „Geschichtspolitik“ dominiert dabei die Konkurrenzbezeichnungen. Dies belegen zwei Verteilungsanalysen von Harald Schmid. Schmid hat auf der Basis einer online-Recherche herausgefunden, dass sowohl bei der Deutschen Nationalbibliothek und im „Verbundkatalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds“ (GVK) als auch bei *google* und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die Suche nach dem Begriff „Geschichtspolitik“ deutlich mehr Treffer einbrachte als diejenigen nach „Vergangenheitspolitik“, nach „Erinnerungspolitik“ und nach „Gedächtnispolitik“.⁹² In einer zweiten Verteilungsanalyse hat Schmid rekonstruiert, wie viele Monografien zwischen 1995 und 2007 mit dem jeweiligen Begriff im Titel erschienen sind. Auch hier zeigt sich in den letzten Jahren eine Verschiebung zu Gunsten der Geschichtspolitik. Schmid's Verteilungsanalysen wurden für diese Arbeit noch einmal aktualisiert:

⁹¹ Vgl. Waltraud Schreiber: „Historische Selbstverständigung“ oder „Das Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft erschließen“. Die Bedeutung der Geschichtsdidaktik für aktuelle Fragestellungen der historischen Forschung, in: BLfPB (Hrsg.): *Geschichtsdeutungen*, S. 137-153, S. 137-138.

⁹² Vgl. Harald Schmid: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie „Geschichtspolitik“, in: Harald Schmid (Hrsg.): *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis*, Göttingen 2009, S. 53-75, S. 69-70.

Abbildung 1: Fortgeführte Verteilungsanalyse nach Vorgaben von Harald Schmid

	Geschichts- politik	Vergangenheits- politik	Erinnerungs- politik
DNB	142	57	61
GVK	279	502	110
FAZ biblionet	294	81	150
SZ Online Archiv	430	90	187
Google	142.000	49.300	57.100

Quelle: eigene Recherchen in Anlehnung an Schmid: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept, S. 69-70. (FAZ biblionet: Artikel vom 1. Januar 1990 bis zum Stichtag 13. Juni 2013; SZ online Archiv: Artikel vom 2. Januar 1992 bis zum Stichtag 13. Juni 2013)

Schmid's Ergebnis findet also, wie die Grafik zeigt, im Großen und Ganzen eine fortführende Bestätigung. Es ist darüber hinaus nicht zu übersehen, dass die verschiedenen Begriffe sowohl in der journalistischen Publizistik als auch in der Wissenschaft uneinheitlich und zumeist als austauschbare Synonyme verwendet werden. Besonders in Bezug auf den zentralen Begriff „Geschichtspolitik“ herrscht eine geradezu babylonische Sprachverwirrung.⁹³ Es zeigt sich eine ganze Palette von unterschiedlichen Verwendungsweisen: Mit dem Begriff werden in verschiedenen Studien so unterschiedliche Aspekte wie die Institutionalisierung von Geschichtsdokumentationszentren,⁹⁴ politisch intendierte Wirkungen von historischen Ausstellungen,⁹⁵ der strategische Einsatz der Geschichte gegenüber konkurrierenden Regimen,⁹⁶ die Einspannung von Historikern zur Herrschaftslegitimation,⁹⁷ die

⁹³ Vgl. dazu auch die Begriffsabgrenzungen bei Stefan Troebst: Postdiktatorische Geschichtskulturen im östlichen und südlichen Europa. Eine vergleichende Einführung, in: Stefan Troebst (Hrsg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und im Osten Europas. Bestandaufnahme und Forschungsperspektiven, Göttingen 2010, S. 11-51, S. 19-25.

⁹⁴ So bei Ulla-Britta Vollhardt: Geschichtspolitik im Freistaat Bayern. Das Haus der bayerischen Geschichte. Idee, Debatte, Institutionalisierung, München 2003.

⁹⁵ Vgl. Rüdiger Haude: „Kaiseridee“ oder „Schicksalsgemeinschaft“. Geschichtspolitik beim Projekt „Aachener Krönungsausstellung 1915“ und bei der „Jahrtausendausstellung Aachen 1925“, Aachen 2000.

⁹⁶ Vgl. Lutz Haarmann: „Die deutsche Einheit kommt bestimmt!“. Zum Spannungsverhältnis von Deutsche Frage, Geschichtspolitik und westdeutscher Dissidenz in den 1980er Jahren, Berlin 2005.

⁹⁷ Vgl. Rainer Lindner: Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999. – Vgl. auch Rainer Lindner: Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik in Weißrußland. Erinnerungskonkurrenzen in spät- und postsowjetischer Zeit, in: